

## VORBEMERKUNGEN

Mitte September tagte das vierte Plenum des IEK. Folgende Fragen standen auf der Tagesordnung: - 1. Bericht über die administrative Tätigkeit des IS - 2. Vorbereitungen für den Weltkongreß - 3. Bericht über die Frage Johnson-Forest - 4. Bericht über die französische Frage - 5. Bericht über die englische Frage - 6. Bericht über die italienische Frage - 7. Politischer Bericht.

Der administrative Bericht des IS wurde zur Kenntnis genommen. Die englischen Genossen (KCP-Mehrheit) stimmten dabei für den Bericht, erklärten aber gleichzeitig, daß sie sich die Stellungnahme zum besonderen politischen Punkt der Tagesordnung vorbehalten. Der Vertreter der damaligen französischen Mehrheit enthielt sich der Stimme.

Den politischen Bericht und eine Erklärung des IS, wonach eine Resolution nach der allgemeinen Linie dieses Berichtes in Kürze zur internationalen Diskussion gestellt wird, hat das IEK ebenfalls zur Kenntnis genommen. Diese Resolution des IS hat uns noch nicht erreicht.

Für den Weltkongreß ist folgende vorläufige Tagesordnung vorgesehen: - 1. Bericht über die Tätigkeit und Politik der Internationale während des Krieges und bis zum Weltkongreß (mit besonderer Behandlung der nationalen Frage) - 2. Bericht über die internationale wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben - 3. Bericht über die Frage der SU und des Stalinismus - 4. Bericht über die koloniale Frage - 5. Statuten der Internationale. - Alle Berichte werden mit einer Resolution abgeschlossen, die ihre Hauptpunkte zusammenfassen und dem Kongreß zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Das IEK hofft ferner, daß von den einzelnen Sektionen Aktionsprogramme zur internationalen Diskussion gestellt werden, damit der Kongreß ein möglichst klares Bild von der Lage in der Internationale bekommt.

Anschließend veröffentlichen wir die wichtigsten Resolutionen des vierten Plenums des IEK zusammen mit einigen ergänzenden Dokumenten und erläuternden Hinweisen.

## FRANKREICH

### 1. Resolution über die Politik der PCI

1. Das vierte Plenum des IEK stellt fest, daß die PCI-Führung, die beim dritten Parteikongreß gewählt wurde, vollkommen unfähig war, den trotzkistischen Aktivisten und Sympathisierenden eine feste Orientierung und klare Führung zu geben, ebensowenig wie den breiten Schichten der Arbeitervorhut, die im Laufe der letzten Monate erhöhter sozialer Erregung und politischer und ökonomischer Krise zur PCI herüberblickten.

Diese Unfähigkeit der gegenwärtigen Führung der französischen PCI hat folgende Grundursachen:

a) Ihre unrichtige politische Orientierung. Die gegenwärtige Mehrheit der PCI wird hypnotisiert von einem Begriff des "Rückzuges" des französischen Proletariats, sie hat weder den explosiven Charakter der kommenden sozialen Kämpfe begriffen, noch die Notwendigkeit, in jeder wichtigen Kampffraktion die wirtschaftlichen Ziele mit den politischen zu verbinden - etwas, was die Arbeiterklasse sehr gut verstanden hat.

b) Die falsche Auffassung von den Methoden beim Aufbau einer Massenpartei. Diese hat die Partei in Monaten der verhältnismäßigen Ruhe durch oberflächliche und fruchtlose Agitation erschöpft und ermüdet, wodurch sie unfähig geworden ist, im Augenblick ansteigender Streikkämpfe mit maximaler Leistungsfähigkeit wirklich zu handeln.

c) Ihre falsche Auffassung über die Aufgabe der "Vérité". Das Bestreben, diese zu einem Informationsblatt zu machen, hat beständig dazu geführt, das politische Niveau der Zeitung herunterzudrücken und sie ihrer Hauptaufgabe zu berauben, nämlich der eines Führers, Wegweisers und Erziehers der Arbeitervorhut, die sich unserer Bewegung zuwendet. Diese falsche Auffassung war besonders schwerwiegend während der Streikwellen im April-Mai und September, welche die Zeitung auf dem Niveau der rückständigen Schichten hielt und so keine wirksame Führung der Vorhut der Streikenden zuließ.

2. Das vierte Plenum des IEK lenkt die Aufmerksamkeit der aktiven Mitglieder der PCI und der ganzen Internationale auf die ernststen strategischen und taktischen Fehler, die eine Folge der grundsätzlichen Orientierung der gegenwärtigen PCI-Mehrheit sind und weitgehend die Fortschritte der Partei eingeschränkt haben, die unter den jetzigen außerordentlich günstigen Umständen durchaus möglich sind:

a) Der Mangel einer systematischen Kampagne für die Parole des Generalstreiks. Diese Parole, die anfangs viel zu spät im Laufe der ersten Streikwelle aufgestellt wurde - zu einer Zeit, als die Renault-Arbeiter schon wieder zur Arbeit zurückkehrten -, wurde fast sofort nach Ende des Streiks fallen gelassen. Die Monate Juli und August, die außerordentlich wichtig für die Vorbereitung der Vorhut der Arbeiterklasse auf die zweite, nach den Ferien zu erwartende Streikwelle waren, hätten zur systematischen Aufklärung des Leserkreises der Zeitung über die Lehren der ersten Welle ausgenutzt werden sollen. Die Parolen "Generalstreik" und "Kampfkomitees" hätten systematisch in jeder Ausgabe der Zeitung wieder erscheinen müssen. Die Linie der Zeitung war ganz eindeutig die der "Schwanzpolitik", unfähig, die Streiks vorauszusehen und vorzubereiten, beschränkte sie sich darauf, diese nach ihrem Ausbruch zu registrieren und zu unterstützen.

b) Das Fehlen einer systematischen Kampagne in bezug auf die Regierungsfrage. Bei drei verschiedenen Gelegenheiten - während der "Skandale", bei der Verkündung der RPF (de Gaulle's Bewegung) und zur Zeit der Notverordnungen von Schuman - wurde die Frage der Regierung und Staatsmacht in ihrer vollen Größe vor dem französischen Proletariat gestellt. Zur Zeit, als die ganze bürgerliche, reformistische und stalinistische Presse offen von diesen "Krisen des Regimes" sprach, beschränkte sich die PCI auf eine völlig passive und negative Haltung, indem sie die Skandale und die "faschistische" Gefahr "entblößte" und "Nieder mit der Ramadier-Regierung!" schrie, ohne irgendeine positive Maßnahme vorzuschlagen. Im Augenblick, wo die große Mehrheit des Proletariats seine Aufmerksamkeit auf die Regierungsfrage konzentriert, bedeutet die hartnäckige Weigerung der PCI-Majorität, die Parole "SP-KP-CGT-Regierung" richtig erklärt herauszugeben, wieder einmal den Kampf auf ein schon überschrittenes Niveau zu reduzieren.

c) Eine zögernde Haltung - manchmal verächtlich, manchmal "freundschaftlich-kritisch" - den Stalinismus, sowohl der KPF-Führung, als auch dem stalinistischen Dogmatismus gegenüber. Besonders zu verurteilen ist die mangelhafte abgeführte Kampagne, in der die "Vérité" Stalin des "Vertrats" beschuldigte, weil er Triest aufgegeben hat usw., anstatt systematisch die schwere Ausbeutung

und Unterdrückung der Massen durch die stalinistische Bürokratie im "Glacis" aufzudecken und zu verurteilen. Obwohl eine leichte "Wendung" in dieser Richtung seit April 1947 zu verzeichnen ist, fehlt der Linie der PCI gegenüber dem Stalinismus eine klare und scharfe Abgrenzung, die die Abwendung desjenigen Teiles der Vorhut, der endgültig von den stalinistischen Verrätern abgestoßen ist, von unserer Partei bewirkt und die die Entwicklung defaitistischer Strömungen innerhalb der Organisation unterstützt.

d) Eine zögernde und verwirrte Stellung in der kolonialen Frage. Das Plenum des IEK lenkt die Aufmerksamkeit der PCI darauf, daß die revolutionäre Partei in Frankreich nicht berechtigt ist, Verwirrung in bezug auf den Klassencharakter der Ho-Chi-Minh-Regierung in Indochina und ihrer versöhnlerischen Orientierung zum französischen Imperialismus zu verbreiten; sie muß bedingungslos den Kampf des Viet-Nam gegen den Imperialismus unterstützen und gleichzeitig ihren Kampf gegen ihre eigene imperialistische Bourgeoisie konzentrieren. Die Hauptparolen der PCI in dieser Frage müßten sein: "Völlige und bedingungslose Unabhängigkeit des Viet-Nam außerhalb des französischen Imperiums (Union française)!", "Sofortige Zurückziehung der Überseetruppen!".

e) Das Fehlen einer systematischen Propagandakampagne um die Parole "Vereinigte sozialistische Staaten von Europa". Zu einer Zeit, in der sich die arbeitenden Massen der entscheidenden Wichtigkeit der internationalen Lage für die Entwicklung Frankreichs klar bewußt sind, in der die öffentliche Meinung auf den Marshall-Plan konzentriert ist, dem die Stalinisten die jämmerliche Parole der "Verteidigung der nationalen Selbstbestimmung" entgegensetzen, hat die PCI es nicht verstanden, die revolutionäre Lösung den Massen konkret vor Augen zu stellen und dieser Frage die gebührende Wichtigkeit einzuräumen.

f) Das Fehlen einer systematischen revolutionären Propaganda in dynamischer und entschlossener Weise, die zeigt, daß die konkrete Perspektive der proletarischen Revolution der einzige Ausweg aus dem kapitalistischen Sumpf darstellt. Zu einer Zeit, da die allgemeine Atmosphäre im Lande sich in dem Gefühl ausdrückt: "es ist Zeit, damit ein Ende zu machen", hat die "Vérité", weit davon entfernt, den revolutionären Ausweg zu zeigen, sich auf eine passive und zaghafte Kritik der Regierung beschränkt und sich soweit als möglich bemüht, das Endziel unserer Bewegung aus den Spalten der Zeitung fernzuhalten. Alle diese Abweichungen können als opportunistische zusammengefaßt werden und als eine falsche Anwendung des Übergangsprogramms, dessen ganze Bedeutung darin liegt, dauernd die unmittelbaren Forderungen mit den höheren zu verbinden, wobei jeder Feldzug in der propagandistischen Darlegung der Notwendigkeit eines revolutionären Sturzes des Kapitalismus durch das Proletariat münden muß.

3. Das vierte Plenum des IEK bedauert, daß die PCI-Mehrheit es nicht für nötig gefunden hat - im Interesse sowohl des Fortschritts der Partei als auch der Gesundung der inneren Atmosphäre - das Abkommen durchzuführen und zu halten, das die Mehrheit des politischen Büros mit der Minderheit und dem IS geschlossen hat. Das Plenum des IEK ist vollständig mit dem Vorhaben des IS einverstanden, die Linie der PCI auszurichten und die politischen Anstrengungen der Partei zur Zeit des Renault-Streiks nach dem zu richten und im Lichte dieser Erfahrung die Umgruppierung der größtmöglichen Anzahl von Parteimitgliedern aller Richtungen auf einer richtigen politischen Basis gemäß der Politik der Internationale zu erleichtern.

Das IEK-Plenum begrüßt die zahlreichen Aktivisten der Partei, denen es im Laufe der letzten Monate von ihren Kampfposten aus ge-

lungen ist, aktive Teilnehmer an der Massenbewegung zu werden und in den verschiedenen Entwicklungsstadien der politischen und sozialen Kämpfe in der ersten Reihe zu stehen. Sie drückt das volle Vertrauen der Internationale zu der Stimmung und dem hohen Bewußtseinsgrad der PCI-Mitglieder aus, die morgen, bei ihrem vierten Kongreß, die begangenen Fehler zu verbessern wissen, sich eine klare revolutionäre Orientierung geben und in den kommenden Monaten tief in ihrer Klasse verwurzeln werden; damit werden sie ihre Positionen in der Vorhut des französischen Proletariats und als Bannerträger der ganzen Vierten Internationale konsolidieren und erweitern.

Angenommen mit 10 (3 Neuseeland, Holland, franz. Minderheit, Belgien, Spanien, Indochina, Schweiz, Sekretär) gegen 4 Stimmen (2 England, Indien, franz. Mehrheit).

+

Die beiden englischen und der indische Delegierte begründeten ihre Gegenstimme wie folgt:

1. Die Resolution enthält eine Anzahl von Fragen und Kritiken, mit denen wir im allgemeinen einverstanden sind.
2. Wir sind unbedingt gegen den Geist der Resolution, der darin besteht, daß die gegenwärtige französische Führung "unfähig" ist und ersetzt werden muß.
3. Wir sind ebenfalls gegen die völlig einseitige und negative Kritik einer Tendenz der PCI und finden es für notwendig, daß das IEK seine Gedanken in positiver Weise formuliert.

Diese Genossen stellten gleichzeitig einen Gegenantrag zur Frage der PCI, für den nur sie selbst stimmten und der mit 6 Stimmen (3 Neuseeland, Holland, Belgien, franz. Minderheit) bei 5 Enthaltungen (Sekretär, Spanien, Schweiz, Indochina, franz. Mehrheit) abgelehnt wurde.

+

Der schweizerische Delegierte machte folgende Abänderungsvorschläge zu der angenommenen Resolution:

1. Das IEK erklärt, daß die französische Sektion in der jetzigen Lage ihre Aufgabe - den trotzkistischen Sympathisierenden und der proletarischen Vorhut, die die PCI mit Aufmerksamkeit beobachten, eine klare und feste Orientierung zu bieten - nicht erfüllt hat.
2. Die französische Sektion hat diese Aufgabe aus folgenden Gründen nicht erfüllt:
  - a) vollständiger Mangel an breiter und systematischer theoretischer Schulung und Festigung ihrer Mitglieder.
  - b) Fehlen eines rechtzeitigen, passenden und wirksamen Eingreifens des IS und - soweit ein solches Eingreifen vorhanden war - seine doktrinaire und bürokratische Art und der Mangel einer revolutionären Orientierung seitens des IS selbst.
3. Das vierte Plenum des IEK lenkt die Aufmerksamkeit der Revolutionäre in der PCI und der gesamten Internationale auf die schweren strategischen und taktischen Fehler, die sich aus der grundsätzlich falschen Perspektive der jetzigen Mehrheit der PCI ergeben, sowie aus der opportunistischen Anwendung des Übergangsprogramms. - Dies sind die Hauptgründe, die die Entwicklung der PCI unter den gegenwärtigen sehr günstigen Umständen verhindert haben:
  - a) Falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik (Sie führt eine Kampagne für die Einheitsfront nur von oben, anstatt von oben und von unten).
  - b) In der Resolution. Punkt 2, a sind die beiden ersten Sätze zu streichen.



- c) In der Resolution, Punkt 2, b ist "Regierungsfrage" durch "Staatsfrage" zu ersetzen.
- d) In der Resolution, Punkt 2, e ist die Losung "Vereinigte sozialistische Staaten" durch "Vereinigte sozialistische Sowjetstaaten" zu ersetzen.

Der letzte Punkt (3, d) dieses Antrages wurde mit 6 (3 Neuseeland, Holland, 1 England, franz. Mehrheit) gegen 6 (Schweiz, Sekretär, franz. Minderheit, Spanien, Belgien, Indien) und bei 2 Enthaltungen (Indochina, 1 England) abgelehnt. Für den Rest des Antrages stimmte nur der Antragsteller, alle anderen stimmten dagegen.

Weitere Abänderungsvorschläge des schweizerischen Delegierten wurden nach allgemeiner Übereinkunft in die zur Abstimmung gelangte und angenommene Resolution aufgenommen.

-----

## 2. Beschluß über die PCI und Sozialistische Jugend

1. Das vierte Plenum des IEK gratuliert den Genossen der PCI zu ihrer Initiative in der Organisation der Umgruppierungsarbeit. Es betont, daß für den Aufbau der revolutionären Partei in Frankreich die Arbeit in Massenorganisationen, so wie sie von der PCI-Führung durchgeführt worden ist, wichtig ist.

Das IEK erklärt, daß diese Taktik gegenüber der SPF und KPF systematisch verfolgt werden sollte und weist alle Sektionen auf die Notwendigkeit hin, mit der größten Aufmerksamkeit die Arbeitsmöglichkeiten in den Massenorganisationen ihrer Länder zu untersuchen.

2. Das Plenum ist der Ansicht, daß die PCI eine weitere Entwicklung der SJ von den folgenden Gesichtspunkten aus betrachten sollte:

- a) Tempo der politischen Entwicklung der SJ;
- b) Notwendigkeit beschleunigter Schulung auf der Basis des vollen Programms der Internationale;
- c) Notwendigkeit einer raschen Lösung des organisatorischen Problems, zur Vermeidung der Herauskristallisierung von zentristischen Strömungen in Zwischenstadien;
- d) Notwendigkeit der Schaffung einer gesunden Atmosphäre innerhalb der PCI, so daß die zu ihr stoßenden jungen Genossen richtig assimiliert werden können.

3. Das Plenum ersucht die beiden wichtigsten Richtungen der PCI, ein Abkommen vor der nächsten Parteikonferenz zu schließen, um eine im voraus festgelegte Linie in der Frage der Vereinigungsmaßnahmen zu verfolgen, die der SJ und den revolutionären Sozialisten vorge schlagen werden sollen.

4. Eine plötzliche Verwässerung der Bolschewiki-Leninisten in einer Masse junger Aktivisten, die keine Erfahrung in der Anwendung unseres Programms besitzen, würde die ersteren davon abhalten, die unmittelbare Zukunft der PCI auf der Basis ihrer eigenen Erfahrung zu bestimmen. Um dies zu verhindern, erklärt sich das Plenum ausdrücklich gegen eine Vereinigung der PCI und der SJ und RS gleichzeitig oder unmittelbar nach der PCI-Konferenz.

5. Um der SJ ihre organische Entwicklung zur Vierten Internationale zu ermöglichen, ohne direkt in den Kampf der verschiedenen Tendenzen innerhalb der PCI einbezogen zu werden, ersucht das Plenum die JCI (trotzkistische Jugend) und die SJ, die Möglichkeit der baldmöglichsten Vereinigung ihrer beiden Organisationen zu untersuchen.

Angenommen mit 12 Stimmen, bei Stimmenthaltung des indochinesischen und Abwesenheit des schweizerischen Delegierten.

Folgender Vorantrag zur Vereinigung der PCI mit der SJ wurde mit 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen (franz. Mehrheit, Indien) angenommen:

Kein Mitglied der PCI soll irgendeine praktische Resolution oder Maßnahmen vorschlagen, unterstützen oder bei der Abstimmung bejahen, die den Zeitpunkt der Vereinigung ungefähr zur Zeit der PCI-Konferenz festlegt (vorher, während oder sofort danach), ohne Diskussion und Beschluß des IEK.

-----

### 3. Organisatorische Resolution über die PCI

Das IEK fordert beide Tendenzen der PCI auf, eine feierliche Erklärung abzugeben, die jeden Gedanken an eine Spaltung zurückweist und bedingungslos die Beschlüsse der kommenden Konferenz annimmt.

Gleichzeitig ruft das IEK die ganze Partei auf, die strengste bolschewistische Disziplin aufrechtzuerhalten in der Durchführung der Beschlüsse, die die Parteiführung bis zur Konferenz faßt. Es beschließt, eine Schiedsspruchkommission aufzustellen, bestehend aus je einem Mitglied der beiden Tendenzen und einem Mitglied des IS, das beiden Tendenzen genehm ist, um die demokratische Vorbereitung der Konferenz und Aufrechterhaltung der bolschewistischen Disziplin zu gewährleisten.

Angenommen mit 8 (Sekretär, 3 Neuseeland, Holland, Belgien, franz. Minorität, Indochina) gegen 4 Stimmen (Spanien, franz. Mehrheit, 2 England).

+

Folgender Gegenantrag der französischen Mehrheit wurde vom IEK in derselben (jedoch umgekehrten) Zusammensetzung und Proportion abgelehnt:

Nach Kenntnisaufnahme und Diskussion des IS-Berichtes über verschiedene interne organisatorische Fragen der französischen Partei lehnt das IEK die Aufmerksamkeit jedes Mitglieds der PCI darauf, daß die Partei nur eine Führung und eine Disziplin hat und daß jeder Bruch des demokratischen Zentralismus in normaler Weise behandelt werden muß; daß bis zum nächsten Kongreß die einzige Parteileitung diejenige ist, welche am 3. Parteikongreß gewählt wurde; daß Loyalität gegenüber dieser Leitung das einzige Mittel ist, sowohl jetzt wie nach dem nächsten Kongreß ein gesundes inneres System in der Partei herbeizuführen; daß eine Verlängerung des Tendenzenkampfes, der zu Disziplinbruch und einer Spaltungsatmosphäre in der französischen Partei führt, nicht haltbar ist.

Das IEK verurteilt jede Art von Verhalten, das zu einer Spaltung führen kann, und die Annahme des Gedankens, daß eine Spaltung unvermeidlich ist, sowie jede Orientierung, die die Perspektive der revolutionären Einheit gefährdet, wie sie in dem Appell des ZK der PCI vom 12. Juli umrissen wurde.

Die französische Partei ist mit der Herannahen der Aufnahme einer beträchtlichen Anzahl von aktiven Revolutionären, die aus der SJ und zweifellos auch aus der SF kommen werden, tatsächlich an einem entscheidenden Punkt ihres Bestehens angelangt. Die Einordnung dieser Aktivisten, die zu unserem Programm herübergewonnen worden sind, wird unmöglich sein in einer solchen Atmosphäre, wie sie gegenwärtig in der französischen Partei herrscht. Das Versagen der französischen Partei unter diesen Umständen würde einen schrecklichen Schlag für die Internationale in Frankreich bedeuten. Wer nicht die Notwendigkeit strengerer Disziplin in der PCI im jetzigen Augenblick begreift, ladet schwere Verantwortung auf sich.

Wenn das ZK (oder PS) der PCI es im gegebenen Augenblick für nützlich hält, ist das IEK bereit, zusammen mit den Vertretern der

großen Tendenzen in der französischen Partei eine Kommission bilden, die helfen soll, alle entstehenden Konflikte im Sinne der Disziplin und dem organischen Zusammenhalt in der Aktion zu lösen.

Vergleichen hierzu: "Spartakist" Nr. 24 (Offener Brief an die PCI), Nr. 25 und 27; "Spartakist" Nr. 14/15 (Resolution an das IEK); "Internationale Mitteilungen" Nr. 3 und 7 (Wahltaktik der PCI); "Diskussionsmaterial" Nr. 27 und 31 (verschiedene Berichte und Dokumente).

GROSZBRITANNIEN

### Resolution über die englische Frage.

I. Nachdem es im September 1917 zum dritten Male die Frage der Orientierung der Arbeit der englischen Sektion im Lichte der ganzen jüngsten Entwicklung, sowohl in England als auch in der Partei, diskutiert hat, bestätigt das IEK die Wichtigkeit der Orientierung zur Labour Party.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Situation in England wird, weit davon entfernt, in Übereinstimmung mit den Perspektiven der RCP-Führung zu sein, charakterisiert durch wachsende Schwierigkeiten, denen die Labour-Regierung gegenübersteht; sie wird in Anbetracht der Verschlechterung der ökonomischen Lage des Landes zu einer Politik der Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und für die Senkung des Lebensstandards der Massen greifen und so die wachsende Unzufriedenheit in den Reihen der Arbeiter hervorrufen, die politisch der Labour Party angeschlossen sind.

Das IEK bedauert, daß die letzte Konferenz der RCP nicht die Dringlichkeit einer entscheidenden Wendung zur Labour Party erkannt und daß sie auf einer Linie beharrt hat, die die Isolierung unserer Bewegung in England verschärfen wird u. zw. angesichts der Entwicklung einer objektiven Situation, die die Notwendigkeit einer solchen Wendung immer klarer macht. In Anbetracht der Weigerung der RCP, eine solche Wendung zu beschließen, ist das IEK der Meinung, daß es keinen Sinn hätte, die ganze Partei durch einen Beschluß zu dieser Arbeit zu zwingen, deren fruchtbringende Erfüllung nur die Folge eines politischen Verständnisses ihrer Wichtigkeit und nicht einer formellen Disziplin gegenüber den Beschlüssen der Internationale sein kann. Ferner findet das IEK, daß es angesichts der Entwicklung der Lage in England und der gefährlichen Stagnation der RCP nicht gleichgültig bleiben und daß es sich nicht mit einfachen Empfehlungen begnügen kann.

Aus diesem Grunde und mit dem weiteren Ziel, die englischen Genossen als Ganzes von der Richtigkeit seiner Orientierung durch praktisches Beispiel zu überzeugen, erklärt sich das IEK mit dem Eintritt der RCP-Minorität in die Labour Party einverstanden.

II. Angesichts der Lage, wo sich die RCP-Mehrheit beim letzten Parteikongreß gegen den totalen Eintritt in die Labour Party zum jetzigen Zeitpunkt und das IEK dreimal für eine solche Orientierung ausgesprochen hat, ist das IEK der Meinung, daß es falsch wäre, seine Ansicht der RCP-Mehrheit aufzuzwingen, indem es ihren Eintritt in die Labour Party anordnet.

Andererseits hat die RCP-Minderheit, die für vollständigen Eintritt ist, an das IEK appelliert, es ihr als Gruppe zu ermöglichen, in die Labour Party einzutreten und dort ihre eigene Linie anzuwenden.

Das IEK autorisiert daher die Minorität, in die Labour Party unter folgenden Bedingungen, die den RCP-Vertretern im IEK annehmbar sind, einzutreten:

1. Wenn die Minorität als Gruppe in die Labour Party eintritt, wird sie unabhängig unter der direkten Disziplin der Exekutivkörperschaften der Internationale arbeiten.

2. Beide Organisationen sind als integrale Teile der Vierten Internationale anerkannt, mit allen Rechten und Pflichten. Im IEK wird es einen Majoritäts- und einen Minoritätsvertreter geben. Im IS wird ein Vertreter der Majorität sein. Die Vertretung am Weltkongreß wird entsprechend der zahlenmäßigen Stärke sein.

3. Ein Koordinierungskomitee der RCP und der "Eintrittsgruppe" wird gebildet, das, wo immer dies möglich ist, die Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Labour Party überwachen wird.

Das IEK hebt hervor, daß diese Lösung eine außergewöhnliche ist und nicht als Präzedenzfall für die Regelung der Arbeit der Sektionen angesehen werden kann. Diese Lösung wird in bestimmten Zeitabschnitten im Lichte der Erfahrungen der Labour Party-Arbeit sowie der unabhängigen Arbeit der RCP untersucht werden, zwecks baldmöglichster Wiedervereinigung der englischen Sektion der Vierten Internationale.

Die RCP wird eine Landeskonzferenz innerhalb von 30 Tagen abhalten, die dem Studium dieses Vorschlages sowie dessen praktischer Anwendung gewidmet sein soll. Die Beschlüsse des IEK sollen sofort nach dieser Konferenz in Kraft treten.

+

Der erste Teil dieser Resolution wurde mit 8 (3 Neuseeland, Holland, Belgien, Spanien, franz. Minderheit, Sekretär) gegen 5 Stimmen (2 England, Indien, franz. Mehrheit, Indochina) angenommen. Daraufhin trat eine Sonderkommission (Sekretär-Neuseeland-England) zusammen, welche einstimmig den zweiten Teil der Resolution dem Plenum unterbreitete. Dieser wurde mit 11 gegen 1 Stimme (Indochina) und bei 1 Enthaltung (Indien) angenommen.

+

Vergleiche hierzu: "Spartakist" Nr. 14/15 (Resolution an das IEK) und 23; "Interne Mitteilungen" Nr. 9 (Brief an die RCP, verschiedene Dokumente); "Diskussionsmaterial" Nr. 1 (19.4.47), 28 und 29 (verschiedene Berichte und Dokumente).

## ITALIEN

### 1. Resolution über die Lage in Italien und die POC

1. Die Lage in Italien wird gegenwärtig charakterisiert durch eine Reihe von Faktoren, die das Herannahen der kommenden Krise erkennbar machen:

a) Inflation und hohe Lebenskosten bringen den arbeitenden Massen in Städten und Dörfern immer größere Leiden und verschärfen aufs Extremste die sozialen Widersprüche.

b) Die Regierung De Gasperi ist unfähig, die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben und hält das Land im Zustand einer Dauerkrise.

c) Die reaktionäre Politik De Gasperis bringt die arbeitenden Massen in höchstem Maße auf und eröffnet die Perspektive einer zweiten Welle von politischen Kämpfen im Gefolge der breiten Bewegungen für Brot und Löhne, die in Augenblick ihres Aufschwung nehmen.

d) Der Aufstieg des Neo-Faschismus, das Wiederaufleben des gegen die Arbeiter gerichteten Terrorismus und von reaktionären Plänen



bei der Armee, bei den Monarchisten und Großgrundbesitzern im Süden, schaffen einen günstigen Boden für eine mächtige Gegenoffensive der Massen.

2. Auf dem Hintergrund dieser objektiven Situation entwickelt sich innerhalb der Arbeiterbewegung ein Prozeß der Differenzierung und ideologischen Gärung.

a) Die Grundorientierung der italienischen KP bleibt die des "Volksblocks" (die italienische Version der Volksfront). Die KP ist der Kritik und wachsenden Unzufriedenheit der Arbeitervorhut ausgesetzt, als Folge ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit. Ihre Jugendorganisation befindet sich in völligem Zerfall.

b) Die italienische Sozialistische Partei (PSI) hat endgültig die Perspektive der Verschmelzung mit der KP fallen gelassen. Dies hat die Parteiaktivisten ihrer Grundorientierung beraubt und die Partei in eine ernste Krise geworfen. Der Kampf zwischen den Richtungen von Nenni und Basso wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß in beiden Richtungen die übriggebliebenen zentristischen Elemente die ganze maximalistische "Strategie" in Frage stellen.

c) Die italienische Sozialistische Arbeiterpartei (PSLI) wird durch eine sehr schwere interne Krise zerrissen, die Krämpfe bringen kann, welche das Ende der Partei bedeuten können. Der reformistische rechte Flügel (die Saragat-Tendenz der "Critica Sociale") will wieder in die Regierung eintreten und bewegt sich in Richtung der engsten Zusammenarbeit mit den Demo-Christiani (Katholische Demokraten). Das Zentrum ("Iniziativa Socialista") hat eine scharfe und heftige Wendung nach rechts gemacht, indem es die Zusammenarbeit mit der Regierung und in der Frage des Marshall-Planes akzeptiert hat. Das Resultat ist, daß sich ein linker Flügel um die Sozialistische Jugend herum kristallisiert, der gegen Klassenzusammenarbeit ist und als Tendenz mit der "Iniziativa Socialista" gebrochen hat.

d) Die Bordigistenpartei stagniert und die aktiven Arbeiterelemente werden entmutigt und demoralisiert als Folge ihrer fruchtlosen Bemühungen, die Massen auf der Basis ihrer sektiererischen Politik zu gewinnen.

Diese Gärungen drücken sich in der Tatsache aus, daß das Industrieproletariat klar die Notwendigkeit für eine neue revolutionäre Partei spürt, daß es über die bestehenden Parteien tief desillusioniert ist und deshalb eine immer passivere, politisch abwartende Stellung einnimmt. Die Situation ist überreif für den Aufbau einer wahrhaft revolutionären Partei. Sollte die gegenwärtige Periode ohne das Erscheinen einer solchen Partei weitergehen, so besteht die Möglichkeit, daß die Elemente der Demoralisierung der Arbeiterklasse angesichts der latenten Gefahr eines Bürgerkrieges die Oberhand gewinnen.

3. In Anbetracht dieser Lage ist die POC, Sektion der Vierten Internationale, unfähig gewesen, das trotzkistische Programm in Italien in lebendige Tat zu übersetzen und einen ernsthaften Anziehungspunkt für die verschiedenen Radikalisierungsströmungen zu schaffen, die sich in den traditionellen Organisationen herausbilden. Die POC, die durch die Vereinigung zwischen der kleinen trotzkistischen Gruppe um Nicola di Bartolomeo und der Föderation von Puglia unter der Führerschaft von Mangano entstand, war seit ihrer Entstehung unfähig, sich den Geist und Inhalt der Übergangsforderungen anzueignen. Ihre neue Führung, die aus der Puglia-Föderation stammt, stellt heute anstelle dieses Geistes einen völlig anti-leninistischen Doktrinarismus, der die Partei gegenüber den auflösenden gigantischen Problemen entwaffnet. Dieser sektiererische Doktrinarismus wird gekennzeichnet durch:

a) die Aufstellung einer mechanischen und eingebildeten Verbindung zwischen der "Verwandlung der Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft" einerseits und dem revolutionären Aufschwung des Proletariats andererseits. Die POC-Leitung ist somit außerstande, genau zu begreifen, welche Schwierigkeiten einen breiten wirtschaftlichen Aufschwung verhindern und der jetzigen Lage einen ausgesprochen explosiven Charakter verleihen, eine Lage, die es der Arbeiterklasse - unter richtiger Führung - ermöglicht, das ganze kapitalistische Regime von sich zu schütteln, ausgehend von den Kämpfen für unmittelbare Forderungen.

b) die Unfähigkeit, die grundlegende Notwendigkeit einer revolutionären Partei im gegenwärtigen Stadium in Italien zu verstehen, welche die ökonomischen Massenbewegungen politisiert. Die POC-Leitung beschränkt sich auf eine Unterstützung der wirtschaftlichen Kämpfe und Herausgabe einiger Parolen im Zusammenhang mit Lohnfragen. Sie sagt den Massen, daß sie sich weder für Wahlen interessieren sollen, noch für die Konstituierende Versammlung und jedes politische Leben. Sie anerkennt nur eine politische "Parole": die Diktatur des Proletariats.

c) Sie verwechselt die Politik der Klassenzusammenarbeit der traditionellen Arbeiterparteien in der Form von "Volksfront", "Volksblock" etc. mit der leninistischen Taktik der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen und lehnt letztere als gleichbedeutend mit den ersteren "prinzipiell" ab. Als Folge der wachsenden Feindseligkeit der reaktionären Regierung und ihrer demagogischen Ausnutzung durch die Stalinisten, macht es die gegenwärtige Lage in Italien besonders notwendig, daß die revolutionäre Partei ihre Agitation um die folgenden Parolen konzentriert: "Für die Einheitsfront der Arbeiterparteien gegen den Aufstieg der Reaktion!", "Nieder mit der Regierung De Gasperi!", "Gegen einen neuen Dreierblock (mit der Bourgeoisie)!", "Für eine Regierung der KP-PSI-PSLI-CGIL (Gewerkschaftsbund)!". Aber auch hier wird die Partei durch die sektiererische Haltung der POC-Führung entwaftet.

d) Unverständnis der Rolle der revolutionären Partei als der Triebkraft des Arbeiterkampfes und der entscheidenden Macht, die sie ausübt, um im Laufe dieser Kämpfe die Massen zum Verständnis des notwendigen Sturzes des Kapitalismus zu führen. Die jetzige Führung der POC beschränkt die Partei darauf, jetzt die Arbeiterkämpfe zu unterstützen, ohne zu versuchen, sie auf ein höheres Niveau zu bringen. Erst wenn die objektiven Bedingungen "reif" (?) sein werden, werden die Massen der Partei kommen und erst dann wird die Partei selbst zum revolutionären Element in diesen Kämpfen. Diese rein fatalistische Auffassung reduziert die POC zu einem passiven und impotenten Zuschauer zu einer Zeit, in der die Ereignisse sich mit immer größerer Schnelligkeit folgen, die das Schicksal des italienischen Proletariats auf Jahre hinaus bestimmen werden.

Diese sektiererische Politik der POC-Leitung würde genügen, alle Radikalisierungstendenzen, die sich von den traditionellen Organisationen loslösen, abzustößen. Aber mehr als das: die Führung der POC hat offiziell ihren Mitgliedern die Teilnahme an der Fraktionsarbeit in den anderen Arbeiterorganisationen verboten und sich damit bei der Beeinflussung anderer Tendenzen die Hände gebunden.

4. Die heutige POC-Führung, die in einer nationalen Konferenz, der keine breite programmatische Diskussion vorangegangen war, erwählt wurde, hatte zur Hauptaufgabe, die erste Konferenz der Partei vorzubereiten, welche erst eigentlich die italienische Sektion der Vierten Internationale begründen sollte, d.h. ein Aktionsprogramm

auszuarbeiten und anzunehmen. Jedoch hat die heutige Führung nicht nur nichts in dieser Hinsicht getan, sondern organisatorische Methoden und Grundsätze eingeführt, welche, falls sie angenommen werden, der Partei völlig anti-leninistische Ziele geben würden.

a) Die heutige Führung der POC will den demokratischen Zentralismus durch einen "revolutionären" Zentralismus ersetzen, welcher von der absurden Annahme ausgeht, daß jede Minderheit innerhalb der Partei eine "objektiv konterrevolutionäre Tendenz" ist, gegen welche die Führung die Partei "verteidigen" muß. Diese Auffassung veranlaßt die POC-Führung dazu, "im Prinzip" das Fraktionsrecht innerhalb der Partei zu verbieten, gegen jede organisierte Tendenz zu sein und die interne Demokratie in der Partei auf die Herausgabe von Minderheits-Artikeln im Bulletin zu beschränken.

b) Die heutige POC-Führung maßt sich das Recht an, souverän über die Weitergabe oder das Fernhalten von Dokumenten der Internationale an die verschiedenen Ortsgruppen der Partei zu entscheiden. Sie maßt sich das Recht an, von der Partei sämtliche Elemente auszustoßen, welche die "Disziplin", die sie selbst festgelegt hat, "brechen" und der Internationale zu verbieten, politisch oder organisatorisch in die POC einzugreifen, außer der Herausgabe von Dokumenten; das geschieht unter dem Vorwand, daß ein solcher Eingriff "Fraktionsarbeit" darstellt. Sie ist der Ansicht, daß die Internationale nur "potentiell" besteht und nur dann in Wirklichkeit bestehen wird, wenn sie ihre eigene Linie aufgibt und die der POC annehmen wird.

5. Angesichts all' der vorangehenden Erwägungen erklärt das vierte Plenum des IEK,

a) daß die wirkliche revolutionäre Partei des italienischen Proletariats noch zu bauen ist und

b) daß die gesamten politischen und organisatorischen Auffassungen der POC sich im grundlegenden Widerspruch zum Programm der Vierten Internationale befinden.

c) Das IEK ersucht die Führung der POC, klarzumachen, aus welchen Gründen sie - angesichts des Widerspruchs zwischen den Prinzipien der POC und der Internationale - an die Internationale angeschlossen bleibt und in welchem Ausmaß sie bereit ist, die Pflichten der politischen und organisatorischen Disziplin der Internationale zu erfüllen.

d) Es fordert das ZK der POC ausdrücklich auf, ihre erste Parteikonferenz gegen Mitte November zu verschieben, um der Internationale zu ermöglichen, zur Vordiskussion für diesen Kongreß ihre eigenen programmatischen Dokumente und <sup>ihre</sup> eigene politische Linie für Italien vorzulegen.

e) Es beauftragt das IS, energisch im Verlaufe der Vorbereitung und Abhaltung der POC-Konferenz zu intervenieren, um darin die allgemeine Linie der Internationale zu verteidigen, die größte Anzahl Aktivisten auf dieser Basis zu gruppieren und die POC-Konferenz zu ermahnen, daß ihre Annahme der politischen und organisatorischen Thesen der jetzigen Führung des IEK und den Weltkongreß zwingen würde, die ganze Frage des Anschlusses der POC an die Internationale neu zu überprüfen.

Einstimmig angenommen.

## 2. Organisatorischer Beschluß über die POC

Dem ZK der POC ist mitzuteilen, daß sein Beschluß, Parteimitglieder wegen der Ausübung von Fraktionsarbeit in anderen Organisationen auszuschließen, im Gegensatz zur Politik der Internationale steht.

Solche Ausschlüsse werden von der Internationale nicht anerkannt werden. Im Gegenteil, wir messen solcher Fraktionsarbeit im gegebenen Zeitpunkt in Italien größte Wichtigkeit bei und rufen die bolschewistisch-leninistischen Genossen in Italien dazu auf, solche Arbeit zu unternehmen. Das IEK und IS werden den in dieser Arbeit tätigen Genossen jede mögliche Hilfe gewähren, die unter der direkten Kontrolle des IS durchgeführt werden wird.

Einstimmig angenommen.

+

Das **dritte Plenum des IEK (März 1947)** hatte folgenden Beschluß über die italienische Sektion einstimmig **gefaßt**:

Das IEK nimmt Kenntnis von den durch die italienischen Delegierten vorgetragenen Auffassungen und ersucht das IS,

- a) im Zusammenhang mit den italienischen Delegierten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeit der Sektion gemäß den Richtlinien, die während des Oktober-Plenums 1946 diskutiert worden sind, zu lenken und
- b) der Vorbereitung für den kommenden Parteikongreß aufmerksam zu folgen und hierin politisch zu helfen.

## **VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA**

### 1. Gemeinsame Erklärung der SWP und WP

Im Jahre 1940 endete ein interner Streit in der Socialist Workers Party mit einer Spaltung. Die Minderheit gründete eine unabhängige Organisation: die Workers Party. Diese Spaltung bestand bis zum heutigen Tage. Wiederholte Versuche, sich über die wichtigsten Fragen zu einigen, hatten keinen Erfolg und die Verhandlungen wurden abgebrochen.

Vor kurzem stand die Frage der Wiedervereinigung neuerlich auf der Tagesordnung. Von neuem fanden Diskussionen zwischen den leitenden Organen der beiden Parteien statt. Am 10. Feber veröffentlichte das ZK der WP eine Erklärung, die sich für eine Vereinigung aussprach. In dieser Erklärung verpflichtete sich das ZK der WP, die Entscheidungen eines außerordentlichen Kongresses anzunehmen, der für den nächsten Herbst geplant ist. Dieses Abkommen wurde getroffen, nachdem feststand, daß die WP wie die SWP an der vorbereitenden Diskussion des Kongresses teilnehmen werde, daß sie auf dem außerordentlichen Kongreß mit allen Rechten und im Verhältnis ihrer numerischen Stärke vertreten sein werde und daß die Vereinigung der beiden Organisationen zu einer Partei in Aussicht stehe. Auf dieser Grundlage verpflichtete sich die WP, die Disziplin der Einheitspartei politisch und organisatorisch zu wahren, selbst wenn der außerordentliche Kongreß Entschlüsse fassen sollte, die die Mitglieder der WP in eine Minderheits-Position drängen sollte.

Das ZK der SWP, das sich am 15. und 16. Feber in New-York zusammenfand, anerkannte diese Erklärung als eine ernsthafte Basis der Einheit und nahm die Entschließung mit Stimmeneinheit an.

Mit Rücksicht auf die Erklärung der WP billigte das ZK der SWP, daß die WP an der vorbereitenden Diskussion des außerordentlichen



Kongresses teilnimmt. Diese Diskussion muß vor der offiziellen Vereinigung stattfinden.

Was die speziellen Formen der geplanten Vereinigung anbelangt, so werden die Mitglieder sowohl der WP wie der SWP anerkannt; vom 10. Feber 1947 an sollen alle Kämpfer innerhalb der beiden Parteien vollberechtigte Mitglieder der Einheitspartei sein.

Während der Verhandlungen zur Herbeiführung der Einheit darf keine der beiden Parteien Individuen oder Gruppen in ihre Reihen aufnehmen, die Mitglieder der anderen Organisation waren, außer mit gemeinsamem Beschluß. In der gleichen Periode darf auch kein Ausschluß von Personen oder Gruppen ohne Zustimmung beider Parteien stattfinden.

Auf dieser Basis empfehlen die beiden Zentral-Komitees die Vereinigung der beiden Parteien. Falls dieser Antrag von den Mitgliedern der beiden Parteien angenommen wird, soll die Union vollzogen werden sobald die jetzige Diskussion beendet ist. Für die Zwischenzeit wurde ein gemeinsames Komitee der beiden Organisationen gegründet, welches beauftragt ist, ein gemeinsames Aktionsprogramm aufzustellen über alle möglichen Formen des Klassenkampfes, um auf diese Weise die offizielle Vereinigung vorzubereiten und zu verwirklichen.

New-York, 11. März 1947

Max Shachtman,  
für das ZK der WP

James Cannon,  
für das ZK der SWP

-----

## 2. Résolution über die Vereinigung SWP-WP

Das IEK beschließt, nachdem es den Bericht des Gen. J. gehört und den Brief, der von der WP an ihn geschrieben wurde, diskutiert hat:

1. Die Annahme der vom Oktober-Plenum 1946 beschlossenen Bedingungen für die Teilnahme am Weltkongreß durch die WP hat zur Folge, daß diese Organisation das Recht der Teilnahme an der Diskussion für die Vorbereitung des Weltkongresses besitzt.
2. Der Wiederaufnahme der Frage der Vereinigung mit der WP, so wie sie in der Sondersitzung der SWP-Leitung vom 17-18.2.47 beschlossen wurde, wird zugestimmt. Den Beschlüssen dieses Plenums, sowie den drauffolgenden Schritten, die vom National-Komitee der SWP unternommen worden sind, um die notwendigen politischen und organisatorischen Bedingungen für die Verwirklichung der Einheit zu einem Datum zu schaffen, das dem Weltkongreß vorausgehen muß, wird ebenfalls zugestimmt.
3. Dem Weltkongreß wird vorgeschlagen, die WP mit allen Rechten am Weltkongreß teilnehmen zu lassen, wenn die Vereinigung bis dahin noch nicht verwirklicht ist.
4. Das IS wird beauftragt, der WP in diesem Sinne zu antworten und dabei die zwei folgenden Punkte zu präzisieren:
  - a) Es ist unrichtig, daß die Bedingungen für die vollberechtigte Teilnahme am Weltkongreß, die in der Resolution des Oktober-Plenums 1946 des IEK formuliert worden sind, "beispiellos in der Geschichte der Bewegung und infolge der Umstände, in denen sich die Organisation selbst befindet", nicht berechtigt wären, so wie es der Brief der WP behauptet.
  - b) Der Weltkongreß soll die organisierte Diskussion in der Internationale über alle grundsätzlichen Fragen, die von jetzt an bis zum Weltkongreß diskutiert werden, mit seiner Entscheidung abschließen. Der Abschluß dieser Diskussion soll normalerweise bis

zur Einberufung eines neuen Weltkongresses gelten, außer wenn bis zu dieser Zeit ein wichtiges politisches Ereignis eine neue Diskussion über die vom Weltkongreß behandelten Fragen notwendig macht. In beiden Fällen wird die Autorität der neuen führenden Körperschaften der Internationale für eine neue Diskussion in der Internationale unumgänglich sein.

Diese Resolution wurde vom dritten Plenum des IEK (März 1947) mit 9 (Belgien, Holland, Indochina, 2 Neuseeland, franz. Minderheit, Italien, Spanien, Sekretär) gegen 3 Stimmen (franz. Mehrheit, 2 engl. Mehrheit) angenommen.

-----

### 3. Resolution über die Johnson-Forest-Tendenz

Das IEK hat den Austritt der Johnson-Forest-Tendenz aus der WP zur Kenntnis genommen, sowie ihr Ersuchen, sich der SWP anzuschließen, und die Erklärung des ZK der WP vom August 1947 bezüglich dieser Frage.

a) Es ist der Meinung, daß dieser Bruch das Endresultat des inneren Kampfes darstellt, der sich innerhalb der WP zwischen der Johnson-Forest-Tendenz und der übrigen Organisation entfaltete - ein Kampf, der auf tiefen politischen Differenzen zwischen diesen Tendenzen basiert und der durch das Zögern der WP-Führung in der Vereinigungsfrage nach der gemeinsamen Erklärung vom März 1947 besonders beschleunigt wurde. Weder die internationalen Körperschaften noch die SWP-Führung haben irgendetwas unternommen, um diese Trennung hervorzurufen, von der sie nichts wußten, bis sie eine Tatsache war, und welche sie nicht als Manövrierbasis zum abermaligen Aufrollen der Vereinigungsfrage benutzten.

b) In Anbetracht des tatsächlichen Austrittes der Johnson-Forest-Tendenz aus der WP ist das IEK der Ansicht, daß es praktisch keine andere Lösung gibt als die Annahme des Eintritts dieser Tendenz in die SWP, da ihre unabhängige Existenz als dritte Organisation in den USA, die sich als trotzkistisch bezeichnet, weder möglich noch erwünscht ist.

Jedenfalls erklärt das IEK, daß seiner Meinung nach diese Frage in keiner Weise die Vereinigungsbedingungen in Frage stellen kann, die bei seinem Plenum im März 1947 angenommen wurden, und hofft, daß die WP-Führung diese Frage nicht als Vorwand benutzen wird, um sich von ihren Verpflichtungen zurückzuziehen, obwohl der letzte Abschnitt der Vorbemerkung zur Erklärung des NK der WP vom August 1947 diesen Anschein erwecken kann. Hierin heißt es: "Die nächste Sitzung des National-Komitees wird Gelegenheit bieten, die Lage vollständig zu überprüfen, nicht nur in bezug auf die Johnson-Kapitulation, sondern auch in bezug auf die ganze Frage der Einheit".

Diese Resolution wurde vom vierten Plenum des IEK (Sept. 47) mit 11 gegen 1 Stimme (franz. Mehrheit), bei Stimmenthaltung durch den spanischen und Abwesenheit des schweizerischen Delegierten angenommen.

+

Ein Gegenantrag (a) und ein Abänderungsvorschlag zu diesem (b) wurden abgelehnt. Sie hatten folgenden Wortlaut:

a) Das IEK nimmt die Bitte der Genossen der Johnson-Tendenz um Beitritt zur SWP, sowie die Zustimmung der WP-Führung zu diesem Beitritt zur Kenntnis. Es ist der Meinung, daß im Rahmen des Vereinigungs-Abkommens in den USA und dessen Durchführung nichts dem Eintritt der Johnson-Tendenz in die SWP im Wege steht.

b) Es steht dem Eintritt der Johnson-Tendenz in die SWP nichts im Wege, wenn die WP innerhalb von 6 Wochen nicht bekanntgibt, daß sie dagegen ist. In diesem Fall anerkennt das IEK diesen Eintritt im voraus.

Vergleiche hierzu: "Interne Mitteilungen" Nr. 9 (Brief an die SWP); "Spartakist" Nr. 14/15 (Resolution an das IEK); "Diskussionsmaterial" Nr. 29 (Brief der MAS an die SWP).

## SONSTIGE RESOLUTIONEN

### 1. Über die Jugendbewegung

1. Die Orientierung unserer Parteien zur Organisation und Führung von Massenbewegungen erfordert den Aufbau nationaler Jugendorganisationen und einer der Vierten Internationale angehörigen Jugendinternationale. Die Aufgabe dieser Organisationen wird die Propaganda und Agitation für das Programm der Vierten Internationale sein, in einer Form, die dem Milieu junger Arbeiter angemessen ist, sowie die Schulung und Bildung zukünftiger Kader für unsere Parteien.
2. Die Parteien der Internationale werden ersucht, Ausschüsse für die Arbeit unter der Jugend zu ernennen. Diese sind aus führenden Genossen und aus den jüngsten Aktivisten der Partei zu bilden und mit folgenden Aufgaben zu betrauen:
  - a) Studium der besonderen Arbeitsbedingungen in jedem einzelnen Land;
  - b) Agitation und Propaganda unter den jungen Arbeitern, wo dies möglich ist;
  - c) Aufrechterhaltung der internationalen Verbindungen, Auswertung der Erfahrungen und Ausarbeitung eines internationalen Jugendprogramms.
3. Ein internationaler Ausschuss für Jugendarbeit soll bis zum Weltkongress tätig sein. Seine Aufgaben sollen unter anderem sein:
  - a) Vorbereitung einer internationalen Konferenz (besonders die Ausarbeitung eines Programmentwurfs);
  - b) Kontakt zwischen den nationalen Ausschüssen und Anregung ihrer Arbeit;
  - c) Aufsicht über alle Jugendarbeit in der Internationale;
  - d) weitmöglichste Veröffentlichung von theoretischem und historischem Material zur Erleichterung der Diskussion über die Frage der Jugend;
  - e) Bericht über die Frage der internationalen Organisation bei der nächsten Sitzung des IEK.

Einstimmig angenommen.

### 2. Über die Bewegung in Indochina

Das IEK beauftragt das IS, die notwendigen Dokumente über die Organisationen in Indochina zu sammeln ("Der Kampf" und "Internationalistische Kommunistische Liga") und hierüber bei der nächsten Sitzung zu berichten.

Einstimmig angenommen.

=====